

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004544/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Mary Khan (ESN)

Betrifft: Überprüfung potenzieller EU-Fördermittel an die Gesellschaft für Freiheitsrechte

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) ist ein seit 2015 bestehender Verein in Deutschland, der vorgibt, vermeintliche Grundrechte zu verteidigen. Dabei werden Fälle gezielt ausgewählt, um weitreichende juristische Entscheidungen herbeizuführen. Der Verein reicht Verfassungsbeschwerden ein, erstellt Gutachten und betreibt Medienkampagnen. Zwar bezeichnet man sich selbst als überparteilich, doch Themenwahl und Argumentationsmuster sind in einem ideologisch geprägten, politisch aktivistischen liberal-progressiven Grundrechtsdiskurs verankert.

Vor kurzem hat die Organisation ihre unscheinbare Maske fallen lassen: Sie agiert offen als verlängerter Arm jener antidemokratischen Kräfte, die mit allen Mitteln versuchen, ein Parteiverbot der in sämtlichen Umfragen führenden Alternative für Deutschland (AfD) durchzusetzen. Zu diesem Zweck wird aktuell an einem entsprechenden Gutachten gearbeitet, in dessen Rahmen auch ehemalige AfD-Politiker angesprochen werden, um sie zu parteikritischen Aussagen oder zur Bereitstellung interner Informationen und Dokumente zu verleiten. Damit handelt die Organisation nicht als unabhängiger Verein, sondern als aktiv intervenierender politischer Akteur, der unter dem Deckmantel rechtsstaatlicher Verfahren die demokratische Repräsentation eines großen Teils der Bevölkerung zu untergraben versucht.

Angesichts dieser Entwicklungen ist zwingend sicherzustellen, dass Organisationen mit einer derart antidemokratischen Agenda keinen Zugang zu EU-Fördermitteln erhalten.

1. Hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte jemals EU-Fördergelder erhalten oder beantragt, einschließlich indirekter Finanzierung über Drittorganisationen?
2. Welche Mechanismen bestehen, um sicherzustellen, dass EU-Mittel nicht an Organisationen fließen, die gezielt demokratische Prozesse untergraben oder die politische Repräsentation von Bürgern einschränken möchten?

Eingang: 13.11.2025